

Ulrich Thöne am 1. Mai 2011 in Trier

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 1. Mai 2011 wird überschattet von der Katastrophe von Fukushima. Dieses atomare Unglück bewegt uns alle. Wir müssen noch einmal die schmerzliche Erfahrung machen, dass die Atomkraft nur mit großen Risiken und Gefahren genutzt werden kann. Was in Fukushima oder vor 25 Jahren in Tschernobyl geschah, kann auf der ganzen Welt jederzeit wieder passieren.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Kolleginnen und Kollegen, bei den Menschen in Japan. Sie brauchen in diesen schlimmen Zeiten unsere Hilfe und unseren Beistand. Wir trauern mit ihnen um die Toten, die Verletzten und diejenigen, die ihre Heimat verloren haben. Wir wünschen ihnen von Herzen, dass Schlimmeres abgewendet werden kann und ihnen schnell und unbürokratisch geholfen wird. Wir hoffen, dass die Menschen neuen Mut für die Zukunft schöpfen können.

Und:

Wir lassen uns nicht in die Irre führen. Wir lassen uns nicht einreden, deutsche Atommeiler seien sicher und ein Unglück wie in Japan könne hier nicht geschehen. Wir werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Atomenergie, auch deren so genannte „friedliche Nutzung“, vom Menschen nicht beherrscht werden kann, dass sie verheerende Folgen hat und die Kernkraftwerke abgeschaltet werden müssen.

Wir sagen ohne Wenn und Aber: Atomausstieg jetzt!

Wir setzen uns ein für eine Energiewende, die Beschäftigung sichert und fördert und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

warum versammeln wir uns - wie jedes Jahr - am 1. Mai? Ist das nicht nur überholte Folklore einer untergehenden Zeit?

Nein!

Ich will mit ein paar Argumenten daran erinnern, dass die Gestaltung einer sozialen und demokratischen Zukunft der Gesellschaft unser Engagement, unsere Solidarität und starke Gewerkschaften braucht. In meinen Augen ist das die Schicksalsfrage der kommenden Generation. Wird es gelingen können, dass die vielen abhängig Beschäftigten sich durchsetzen gegen den sozialen und umweltpolitischen Raubbau im Namen des Profits?

Unternehmer und Banken erklären die Wirtschafts- und Finanzkrise für überwunden. Die Spitzengehälter der DAX-Unternehmen klettern in neue Rekordhöhen. Uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird Maßhalten gepredigt und für öffentliche Dienstleistungen, die allen zugute kommen, werden Kürzungen verordnet!

Die Arbeitgeber sagen: wir hätten in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt. Deshalb müsse „gespart“ werden und meinen: die Kürzung bei Sozial- und Bildungsleistungen. Ihre Argumente sind falsch, verlogen und frech.

Die Reichsten zehn Prozent der Bevölkerung haben in den letzten zehn Jahren ihr Vermögen erheblich vergrößern können. Nur sie, alle anderen haben im Schnitt draufgezahlt. Allein ihr Geldvermögen hat einen Wert von mehr als dem Doppelten aller deutschen Staatsschulden. Und das Problem für uns alle ist:...sie wissen nicht wohin mit ihrem Reichtum!

Ja, Geld ist genug da! Es ist allerdings in den falschen Taschen!

Das können und dürfen wir nicht akzeptieren!

Die Frage der Gerechtigkeit wäre schon Grund genug, hier dringend etwas zu ändern.

Aber es gibt einen ökonomischen Grund für eine Korrektur der Vermögensverteilung: die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft.

Wir alle brauchen:

Sichere Arbeitsplätze für gute Arbeit in fairer Entlohnung!

Geld wird daher für Investitionen gebraucht.
Es muss der Finanzspekulation entzogen werden!

Die Umverteilung des Reichtums ist ein ernstes Thema!

Wir dürfen die Wirtschaft nicht länger den Maximieren der Ackermänner überlassen, die nur eines interessiert: 25 Prozent Rendite - egal wie!

Diese Forderung ist der Aufruf zum massiven legalen Diebstahl, denn wie anders kommen die Anleger bei 1,5 Prozent Produktivitätswachstum an diesen horrenden Profit?

Für alle könnte das Wachstum 1,5 Prozent betragen - bescheiden, aber nachhaltig.

Sie aber propagieren für sich mehr als das 16fache!

Dabei schaffen wir Beschäftigte den Wohlstand. Nicht die Kapitalanleger!
Deshalb brauchen wir eine Korrektur der Vermögens- und Einkommensverteilung! Aber das geht nur dann, wenn wirklich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien zusammenstehen!

Und nun gewissermaßen zur Kehrseite!

Bei den Verhandlungen um die Regelsätze für die Beziehenden und Bezieher von Arbeitslosengeld II standen wieder nicht die Menschen im Mittelpunkt. Nicht diejenigen, die unsere Hilfe benötigen. Und schon gar nicht diejenigen, um deren Zukunftschancen es in besonderem Maße gehen sollte: Kinder von Eltern, die keine Arbeit finden oder deren Arbeit nicht genug einbringt, damit man davon leben kann.

Die Antwort der Bundesregierung war eindeutig:

Wer nicht arbeitet oder wenig verdient, soll auch keinen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten!

Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber genau das Gegenteil ins Stammbuch geschrieben:

Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums sichere jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich seien.

Klarer kann man es kaum formulieren.

Die Bundesarbeitsministerin hat erklärt, 2,5 Millionen Kinder erhielten bessere Zukunftschancen. Nur: Allein das Antragsverfahren ist zu einem unkontrollierbaren Bürokratiemonster geworden.

Das kommt dabei raus, wenn in Wahrheit gekürzt werden, aber öffentlich der Eindruck eines Wohltäters entstehen soll. Die Verfahren sind zu kompliziert und die Fristen zu kurz.

Fakt ist: so werden die Kinder um die ihnen zustehende Unterstützung betrogen!

Und:.....Es wird einmal mehr deutlich:

- Hartz IV löst keine Probleme.
- Es schafft keine menschenwürdige Arbeit und bekämpft nicht einmal wirksam die Symptome.
- Hartz IV steht für organisierte Armut.

Trotzdem: Gute Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zu guter Arbeit!

Gute Bildung hängt in Deutschland besonders stark von der sozialen Stellung ab. Schon frühzeitig wird ausgesiebt, werden Bildungschancen systematisch verringert:

- Wer keine Arbeit hat, hat keinen Anspruch auf einen Kita-Platz.
- Wer aus einer sozial schwächeren Familie stammt, hat geringere Chancen auf ein Abitur.
- Wer einen Hauptschulabschluss hat, hat heute deutlich schlechtere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz.
- Und wer kein Abitur in der Tasche hat, kann nur selten ein Hochschulstudium aufnehmen.

Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit sehen anders aus!

Wir wollen gute Bildung für alle!

Deshalb brauchen wir vor allem mehr Zeit für Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. Sie sollen nicht als gedrillte Automaten funktionieren oder zerbrechen.

Deshalb ist mehr Personal in den Bildungseinrichtungen dringend nötig. Deutschland ist z.B. bei der Ausstattung mit Personal in den Schulen mit großem Abstand Schlusslicht der OECD-Länder. Hier bei uns gibt es 25 Prozent weniger Unterrichtspersonal als im Durchschnitt der OECD-Staaten!

Wir brauchen mehr Personal, d.h. auch mehr Geld für die Bildung. Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten haben 2008 versprochen, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben zu wollen. Die Bildungsrepublik Deutschland wurde ausgerufen. Die Kanzlerin hat damals wörtlich erklärt, dies sei eine Verpflichtung, aus der weder der Bund noch die Länder wieder herauskämen.

Nicht einmal drei Jahre später zeigt sich, dass der Weg in die Bildungsrepublik noch weit ist. Mit Trickserei und Halbwahrheiten wird die Öffentlichkeit getäuscht. Ohne einen Euro mehr in die Hand zu nehmen, wurden die Bildungsausgaben hochgerechnet.

Wie notwendig das ist, listet der Bildungsbericht 2010 auf:

- 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 haben keine abgeschlossene Ausbildung,
- mehr als 65.000 junge Menschen verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss und

- 400.000 finden sich in Übergangssystemen wieder, weil es an Ausbildungsplätzen fehlt.
- Und: 7,5 Millionen erwachsene Menschen in unserem Land können nicht richtig lesen und schreiben – die Gruppe der Betroffenen ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen!

Das ist ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges!

7,5 Millionen Menschen in dieser Gesellschaft sind praktisch von einer gleichberechtigten Teilhabe ausgeschlossen, weil unser Bildungssystem nicht funktioniert. Ein Skandal!

Aber mehr Personal, also mehr Geld für Bildung soll es nicht geben. Angeblich, weil kein Geld da ist - nur Schulden!

Wieder so eine dreiste Lüge!

Deutschland ist eine Steueroase für Vermögende. Sie zahlen hier nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der OECD-Länder an Steuern auf ihre Gewinne und Vermögen.

Seit 1998 haben die Regierungen dieses Landes den Reichen und Unternehmen zusätzlich jährlich weit über 300 Mrd. € Steuergeschenke gemacht!

Das ist die Wahrheit!

Statt Krokodilstränen zu vergießen und weiter zu kürzen, könnten die Regierungen mit uns zusammen Schritte für eine Korrektur ergreifen und z.B. die Vermögenssteuer endlich wieder erheben oder sich für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Wir halten an unserem Ziel fest:

Zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts müssen für Bildung bereitgestellt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung unabhängig vom sozialen Status der Eltern ist deshalb unumgänglich. Weder Arbeitslosigkeit noch Teilzeitbeschäftigung dürfen ein Grund dafür sein, dass die Tür von Bildungseinrichtungen verschlossen bleibt.

Das ist auch wichtig, um Frauen im Erwerbsleben mit den männlichen Kollegen gleichzustellen. Nur durch eine staatlich organisierte Kinderbetreuung bietet sich ihnen die Chance, eine Berufstätigkeit aufzunehmen. Und nur so erhalten sie die Chance für ein selbstbestimmtes Leben und die erforderliche soziale Absicherung.

Dafür müssen deutlich mehr Kindertagesstätten eingerichtet werden als heute. Und wir brauchen mehr gut ausgebildetes Personal, damit auch die Qualität stimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben zurzeit eine Auseinandersetzung um die Schule der Zukunft. Unsere Position ist klar: Wir wollen, dass unsere Kinder länger gemeinsam lernen können.

Wir wollen eine Schule für alle.

Der Gegenwind, den wir überall dort erleben, wo gemeinsames Lernen auf den Weg gebracht werden soll, bläst stark. Er wird von denen entfacht, die vom dreigliedrigen Schulsystem bisher am meisten profitiert haben: Von einer gut gebildeten und deshalb gut verdienenden Schicht, die gute Bildung nicht teilen will.

In Hamburg sind diese Menschen auf die Straße gegangen, um dagegen zu protestieren, dass ihre Kinder gemeinsam mit Kindern aus Arbeiterfamilien oder mit Migrationshintergrund unterrichtet werden. In Nordrhein-Westfalen werden Gemeinschaftsschulen von den Verwaltungsgerichten gestoppt.

Ich glaube hier nicht an Zufall. Dahinter steckt die Angst, Privilegien zu verlieren.

Unsere Aufgabe dagegen ist es, unmissverständlich klarzumachen, dass alle Menschen gleiche Chancen bekommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die anderen drängenden Fragen müssen geklärt werden: Wie schaffen wir es, jungen Menschen einen Übergang in die Berufsausbildung zu ermöglichen, ohne sie in die so genannten Warteschleifen abzuschieben? Wie können wir es erreichen, dass weniger ihre Ausbildung abbrechen?

Und wie können wir dafür Sorge tragen, dass die jungen Erwerbstätigen von heute auch morgen noch Perspektiven haben und die Generation derer, die bereits seit längerem im Beruf stehen, auch weiter erwerbsfähig bleiben kann?

Die Liste der Antworten ist lang, aber wichtig ist: Es gibt sie!

Eine Ausbildungsplatzumlage oder branchenbezogene Fonds könnten uns die jährlichen schlechten Nachrichten zur Not bei den Ausbildungsplätzen ersparen helfen. Eine soziale Öffnung der Hochschulen würde ermöglichen, dass mehr Menschen ohne Abitur ein Hochschulstudium absolvieren können und mehr Erwerbstätige auch später noch einen Abschluss nachholen können. Eine aktive staatliche Rolle in der Weiterbildung ist zwingend erforderlich, um die betrieblichen Maßnahmen zu ergänzen und Erwerbslosen Perspektiven bieten zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt eine Vielzahl weiterer politischer Baustellen, die wir erfolgreich nur gemeinsam bearbeiten können:

Die Auseinandersetzung um den gesetzlichen Mindestlohn und den Grundsatz des „Equal Pay“, also gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort, ist nicht beendet.

Im Gegenteil: Der Rückgang der Arbeitslosigkeit nach dem Abschwellen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist auch durch eine Zunahme an Leiharbeit erkaufte. Wir brauchen klare Haltelinien, die ein systematisches Lohndumping verhindern und prekäre Beschäftigung zurückdrängen.

Ich sage aber auch deutlich: Mit dieser schwarz-gelben Bundesregierung wird das kein Zuckerschlecken. Die Bundeskanzlerin hat auf dem DGB-Bundeskongress 2006 ausdrücklich erklärt, sie stehe dem Thema Mindestlohn offen gegenüber. Spätestens 2011 – und damit meint sie den heutigen 1. Mai 2011 – müssten wir überlegen, wie wir auf ein deutlich niedrigeres Lohnniveau in den Beitrittsländern Osteuropas reagieren.

Ich frage: Was hat die Bundeskanzlerin seitdem getan?

Ich sage: Sie hat dafür gesorgt, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland weiter ausgebaut wird. Damit scheint das Thema für sie dann aber auch erledigt.

Für uns geht die Diskussion weiter. Wir dürfen unsere tarifpolitischen Erfolge nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben einiges erreicht. Wir müssen aber auch der Gefahr vorbeugen, dass die Tarifautonomie in Deutschland durch Maßnahmen, die vorgeblich der Rettung des Euro dienen, platt gemacht wird.

Wir müssen deshalb noch stärker als bisher europäisch denken und handeln. Dazu gehört auch das, was zur Rettung des Euro nötig ist. Schließlich hat die deutsche exportorientierte Wirtschaft vom Euro besonders profitiert. Aber wir können nicht hinnehmen, dass Banken z.B., die mit ihren spekulativen Geschäften die Krise heraufbeschworen haben, an den Kosten der Rettungsmaßnahmen nicht beteiligt werden.

Wir haben uns als Gewerkschaften immer zu Europa bekannt. Unser Bekenntnis zu Europa steht, aber es war, ist und bleibt ein Bekenntnis zu einem sozialen Europa. Zu einem Europa, in dem die Menschen Chancen auf Bildung und Wohlstand haben und nicht nur uniforme Wesen auf einem übermächtigen Markt sind.

Was jetzt aus Europa kommt, ist brandgefährlich:

„Euro-Pakt-Plus“ nennt sich das. Das hört sich fast so an wie ein Benzinzusatz, der Autos schneller fahren lässt. Dahinter versteckt sich aber, getrieben von unserer schwarz-gelben Bundesregierung

und ihren französischen Verbündeten, ein Maßnahmenbündel, das die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen tritt.

Dieser Euro-Plus-Pakt ist ein europäischer Pakt gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

So soll z.B. sichergestellt werden, dass die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor den Anstrengungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit im Privatsektor förderlich seien, eingedenk der wichtigen Signalwirkung der Löhne des öffentlichen Sektors. Im Klartext: Nullrunden im öffentlichen Dienst, damit es auch in der Privatwirtschaft nicht mehr gibt. Unnötig zu sagen, dass auch die sozialen Sicherungssysteme geschliffen werden sollen. So will man die Rentenaltersgrenzen künftig automatisch an die Lebenserwartung koppeln. Das Ganze ist nicht nur ein Angriff auf die soziale Sicherheit, sondern auch auf die Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger haben gar keine Chance mehr, gestaltend auf die Politik einzuwirken. Wer nicht spurt, kommt nicht unter den Euro-Rettungsschirm.

Was Merkel und Sarkozy sich da ausgedacht haben, ist zutiefst anti-europäisch. Da versuchen die Großen, die Kleinen plattzumachen und ihnen die Unabhängigkeit zu nehmen. Irland war der Musterschüler der EU. Aber wenn die Iren anscheinend jahrzehntelang eine falsche Politik betrieben haben, dann müssen wir fragen: Warum? Weil die neoliberalen Vordenker das genau so gewollt haben.

Das ist unsere nationale und europäische Verantwortung:

Wir müssen den Wechsel von einer reinen Binnenmarktorientierung zu einem sozialen Europa in gemeinsamer Verantwortung herbeiführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen – in Deutschland und Europa – die soziale Frage immer wieder stellen und das Bewusstsein für die soziale Dimension unserer Gesellschaft immer wieder erneuern. Das ist und bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften.

Das sind wir uns, unseren Mitgliedern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, denjenigen, die Arbeit suchen, denen, die sich ihre Rente verdient haben und den nachfolgenden Generationen schuldig.

Für sie alle gelten:

Faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit!

Herzlichen Dank!